

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

35. Jahrgang / 242

17. Dezember 1980

Marie Schlei MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, fragt die DDR: Wessen Wort gilt?

Seite 1/2

Helmut Rohde MdB zum CDU/CSU-Streit um die richtige Strategie: Weich gewollt und hart serviert.

Seite 3/4

Peter Manning MdB fordert, die Madrider Abrüstungsvorschläge ernsthaft zu prüfen: Instrumente aktiver Friedenspolitik.

Seite 5

Dokumentation

Willy Brandt zur Bonner Auschwitz-Ausstellung.

Seite 6

Taktik oder Meinungspluralismus

Wessen Wort gilt im "Krieg der Worte"?

Von Marie Schlei MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Die im Zusammenhang mit der NATO-Ratstagung in einige Presseorgane lancierten Sanktionspunkte - in Hinsicht auf ein sich über die polnische Situation absolut veränderndes Ost-West-Verhältnis - hat der DDR-Außenminister Oskar Fischer mit einer Drohung beantwortet, die in ihrer Massivität alle bisherigen Äußerungen aus den DDR-Führungsgremien übertraf. Es ist nicht zu begreifen, daß er sich in dieser Weise an einer Eskalation der Stimmungen beteiligte, da doch beiden Seiten die von Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in und nach Belgrad bekundete gemeinsame Verantwortung der beiden deutschen Staaten für den Frieden in Europa andauernd bewußt sein sollte. Niemand darf das der Entspannungspolitik zugrunde liegende Vertragswerk mit Leichtfertigkeit behandeln und unter dem Einfluß einer emotionsgeladenen Atmosphäre aufs Spiel setzen, wenn er ihren Fortbestand will.

Ich habe die Sorge, daß wir auch auf unserer Seite in einem nicht notwendigen militanten Sprachgebrauch geraten. Wir müssen uns davor hüten, das Wort "Krieg" aus einer schrecklichen Bedeutung heraus in ein simplifizierendes Vorfeld des täglichen Sprachgebrauchs zu ziehen, wie es dieser Tage zum Beispiel Herr von Weizsäcker mit seinem Begriff "Krieg der Worte" tat.

Wir haben die Schwierigkeiten und Rückschläge unserer Vertragspolitik stets verdeutlicht. Wir sollten aber das, was wir mit dem Grundlagenvertrag für beide Seiten erreicht

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1



haben, auch dann deutlich machen, wenn dieser Vertrag als angeblich nutzloses und untaugliches Mittel deutsch-deutscher Politik gescholten wird.

Die Bundesregierung wird die Ergebnisse der Deutschlandpolitik mit allen Mitteln verteidigen. Von diesem Willen sollte sich aber auch die DDR-Führung leiten lassen; denn für sie ist die Bedeutung des Vertrages keine geringere: Schließlich brachte er der DDR die Anerkennung als Staat durch die Bundesrepublik Deutschland, eine Verstärkung ihrer Souveränität nach innen und außen, ihre territoriale Integrität, den Gewaltverzicht, die Unverletzlichkeit der innerdeutschen Grenze und die Aufnahme normaler Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland. All das bewirkte die weltweite Anerkennung der DDR und eine wesentliche Aufwertung ihrer politischen und ökonomischen Stellung im östlichen Bündnissystem. Die DDR wurde Mitglied der Vereinten Nationen und anderer multilateralen Organisationen. Ihr außenpolitischer Handlungsspielraum wurde größer. Der Grundlagenvertrag brachte nicht zuletzt der DDR im Bewußtsein der eigenen Bürger eine Aufwertung, die die DDR-Führung aus eigener Kraft innenpolitisch vergeblich zu erreichen suchte.

Sicher ist es richtig, wenn der DDR-Außenminister erinnert, daß die beiderseitigen Beziehungen niemals ein Geschenk der einen an die andere Seite waren oder sind. Nur sollte er sich dabei vor Augen führen, was die DDR im Zusammenhang mit dem Transitabkommen, dem Verkehrsvertrag und den Folgevereinbarungen an Leistungen von der Bundesrepublik Deutschland erhalten hat und erhält.

Natürlich sind das keine Geschenke im Sinne des Wortes: Die DDR bringt dafür ihre Gegenleistungen und keine der beiden Seiten könnte ernsthaft darauf verzichten wollen.

Was den tatsächlichen Stand der Beziehungen und ihre Fortentwicklung betrifft, ist nach der jüngsten Diskussion die Frage erlaubt: Was gilt jetzt? Gelten der Bericht des Politbüros der SED vom 11. Dezember 1980, der durch Konstruktivität und Vernunft gekennzeichnet ist, oder die unverantwortlichen Äußerungen des DDR-Außenministers auf der ZK-Tagung am 12. Dezember, oder das Wort des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker? Ich möchte sagen, dies ist ein für die DDR-Führung eigenartiger Pluralismus der Meinungen, den wir allerdings schon einmal auf dem Sektor des Kulturaustausches beobachten konnten, als der Staatsratsvorsitzende zu Besuch in Wien weilte.

Die Bundesregierung wird sich in ihrer realistischen Vertragspolitik nicht beeinflussen lassen; sie wird vielmehr den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker beim Wort nehmen. Der Maßstab dafür kann allein die politische Praxis sein. Wer sich, wie Erich Honecker, sagte, "für alle Bestrebungen aufgeschlossen" zeigt, "die dem Frieden und der Zusammenarbeit der Völker dienen", der kann sicher keine vertragsverändernde Abgrenzungspolitik herbeiführen wollen. Wir sollten alle dafür sorgen, daß keine gegenseitige totale Verständnislosigkeit herbeigeredet wird. (-/17.12.1980/bgy/ks/ca)

* * *



Weich gewollt und hart serviert

CDU/CSU im Streit um die richtige Strategie

Von Helmut Rohde MdB

Bundvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

CDU und CSU beschreiben neuerdings ihre Politik nach den Qualitäten eines Frühstückseies. Der eine will es "hart", der andere "weich". Der CSU ist die Stimmung zu lau, die CDU wünscht sich dagegen mehr Gefühl in der Politik. So geht es heute in Deutschland zu bei der Suche nach der Zukunft. Bringt man das alles auf den Nenner neudeutscher Gemeinsamkeit, ist man versucht zu sagen: Mit Gefühl und Stimmung Mut zur Zukunft.

Es ist ein seltsames Zwielflicht, das sich in den politischen Betrachtungen zur Jahreswende ausbreitet. Alle Welt fordert Perspektiven, aber tatsächlich taucht die Politik eher in einer Mischung von Bedenken, Unbeweglichkeit und Gefühlspflege unter. Was sich zur Zeit als "Fühlen", "Ahnen" und "Sehnen" ausbreitet, ist wohl mehr ein Zeichen von Unsicherheit als ein Ansatz zu größerer Zukunftsgewißheit.

Unwillkürlich fragt man sich, warum sich eigentlich CDU und CSU so über die Regierungserklärung aufgeregt haben. Bei allem, was diese Erklärung schuldig geblieben ist, bleibt sie noch immer den Jahresabschlußveranstaltungen der CDU in Boppard und der CSU in Kreuth überlegen.

Man kann nicht nach neuen Ideen suchen und den tatsächlichen Problemen dieser Zeit und unserer Gesellschaft ausweichen. Wie ist es eigentlich mit den viel gewünschten Perspektiven angesichts der Erfahrung, daß heute jeder Anspruch auf Vorausschau, gar auf Planung, verketzert und unter Ideologieverdacht gestellt wird? Warum trocknen Ansätze mittelfristiger Planung, in der sich Gegenwartsverhältnisse und Anforderungen an die Zukunft begegnen, in vielen Bereichen immer mehr aus? Glaubt man wirklich, auf Dauer mit einer Mischung von technokratischer Tagespolitik auf der einen und Grund-



wertesuche auf der anderen Seite auskommen zu können? Wird nicht geradezu eine Glaubwürdigkeitslücke aufgerissen, wenn die tatsächliche Politik und die Grundwertediskussion unvermittelt, das heißt, ohne Beziehung zueinander verlaufen? Junge Menschen wären damit nicht zu gewinnen.

Wie ist das eigentlich mit dem jetzt zitierten "Herz und dem Gefühl" angesichts einer Wirtschaft, in der soziale, humane und demokratische Verpflichtungen immer mehr Gefahr laufen, als "investitionshemmende Vorschriften" denunziert zu werden? Werden nicht knapper werdende Wachstumsraten in der Wirtschaft zum Anlaß genommen, sich zu den kapitalistischen Quellen zurückzuentwickeln, anstatt den sozialstaatlichen Ausweg nach vorn zu suchen?

Und wie ist es mit der viel zitierten Wahrheit? Gehört nicht zu ihr die nachlässige Art und Weise, wie in vielen Industrieländern mit der wachsenden Arbeitslosigkeit umgegangen wird? Die Europäische Gemeinschaft bewegt sich auf neun Millionen Arbeitslose zu. Besteht die Logik des herkömmlichen wirtschaftlichen Systems darin, bei knapper werdendem Wachstum ohne Arbeitslosigkeit nicht auskommen zu können? Muß es nicht zu den Fähigkeiten einer Gesellschaft gehören, für die Menschen Arbeit organisieren zu können und damit Grundlagen sozialer Sicherheit zu schaffen?

Was Gegenstand konkreter Zukunftsplanung sein müßte, läßt sich nicht in Gefühlsduseleien auflösen. Die "weiche Welle" wird nichts nützen, wenn ihr die Erfahrungen des Alltags widersprechen. Was CDU und CSU unter weicher Welle und harten Themen verstehen, ist eine merkwürdige Allianz. Folgt man den Pressemeldungen, dann heißt CSU-Härte: Rüstung, scharfkantige Außenpolitik und Kernkraft "ohne Wenn und Aber". Ob die CDU mit ihrem Weichmacher diese harte CSU-Strategie entspannen kann, bleibt mehr als fraglich. Das CSU-Bild von der Zukunft nur gefühlvoll zu dekorieren - wen würde das beeindrucken?

In ganzen gesehen ist es eine seltsame, teilweise sogar kitschige politische Diskussion, die sich am Ende dieses Jahres ausbreitet. Wahrscheinlich ist sie typisch für solche politischen Führungsschichten, die sich zwar alles anders wünschen, aber nichts ändern wollen im Sinne von sozialen und demokratischen Reformen. (-/17.12.1980/ks/ca)

+ + +



Instrument aktiver Friedenspolitik

Madriider Abrüstungsvorschläge müssen ernsthaft geprüft werden

Von Peter Manning MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle

In den zuständigen Ausschüssen der zweiten KSZE-Folgekonferenz haben in der vergangenen Woche der französische und der polnische Delegationsleiter die Einberufung einer Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE) gefordert.

Der im Namen des Westens von Frankreich eingebrachte Vorschlag fordert ein präzises Mandat für eine Konferenz aller 35 KSZE-Staaten, die in zwei Phasen stattfinden soll. In der ersten Phase geht es um verbindliche, militärisch bedeutsame und überprüfbare vertrauensbildende Maßnahmen in der Region vom Atlantik bis zum Ural. In der zweiten Phase soll über die Begrenzung und Verminderung konventioneller Waffen in der genannten Region verhandelt werden. Dieser französische Vorschlag geht zurück auf das französische Memorandum über eine Abrüstungskonferenz in Europa vom 24. Mai 1978, das während der UN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung allen KSZE-Staaten und Albanien zugeleitet wurde.

Das polnische Engagement für eine militärische Vertrauensbildung in Europa geht zurück auf die Rapacki- und Gomulka-Pläne der Jahre 1957 und 1958. Während des 8. Parteitages der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im Februar 1980 in Warschau hat der Vorsitzende der PVAP, Edward Gierek, Überlegungen des Warschauer Paktes für eine KAE aufgegriffen und vorgeschlagen, diese in Warschau durchzuführen. Die Tagesordnung soll folgende Themen umfassen: Ausweitung der vertrauensbildenden Maßnahmen; Maßnahmen von gesamteuropäischer Reichweite, um die Höhe der Konfrontation zu senken; politisch-militärische Instrumente, um die Wahrscheinlichkeit eines Überraschungsangriffs zu senken; Verminderung sowohl konventioneller als auch nuklearer Waffen.

Die Vorlage dieser beiden Vorschläge, die seit längerem in West und Ost diskutiert werden, zeigt, daß auch in einer politisch angespannten Lage die Bereitschaft zum Dialog vorhanden ist. Jetzt kommt es darauf an, diese Bereitschaft ernsthaft auszuloten. Die Erteilung eines präzisen Mandats für eine KAE durch die KSZE-Folgekonferenz darf nicht an verfahrensrechtlichen Problemen scheitern; jeder ernst gemeinte Vorschlag, der die politische Atmosphäre verbessert und der zu substantiellen Fortschritten führen kann, ist es wert, diskutiert zu werden. Das bedeutet allerdings, daß unterbreitete Vorschläge nicht im deklamatorischen Vorfeld der Selbstdarstellung eigener Friedfertigkeit stehenbleiben dürfen.

Die SPD hat auf ihrem Wahlparteitag in Essen im Juni 1980 beschlossen: Die SPD unterstützt den französischen Vorschlag einer Konferenz über Abrüstung in Europa. Auch der polnische Vorschlag für eine europäische Abrüstungskonferenz ist ernsthaft zu prüfen.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion bekennt sich erneut zu diesem Beschluß, weil sie hofft, daß auch die KAE zu einem Instrument aktiver Friedenspolitik wird.
(-/17.12.1980/bgy/ca)

+ + +



Dokumentation

Unter der Schirmherrschaft des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt ist vom 5. bis 23. Januar 1981 im Bonner Stadthaus eine Auschwitz-Ausstellung zu sehen; Veranstalter sind das Bonner Studio für Kinder- und Jugendballett, die örtliche DGB-Jugend und die SPD-Die Falken. Am Eröffnungstag findet um 18.30 Uhr eine Podiumsdiskussion "Ein zweites Auschwitz verhindern: Antifaschistische Bildung in Schule und Jugendarbeit" statt. Der SPD-Vorsitzende hat der Ausstellung die folgenden Zeilen gewidmet.

Um unser Gewissen zu schärfen

Wer diese Bilder sieht oder von dieser Stellung liest, mag fragen: Warum zeigt man uns das heute? Die Konzentrationslager wurden 1945 aufgelöst - wir haben niemanden nach Auschwitz gebracht und niemanden getötet - warum hält man uns Nachgeborenen vor, was in der vorigen Generation geschah?

Das sind verständliche Fragen. Aber: in Auschwitz wurde im mißbrauchten Namen des deutschen Volkes gemordet und auch die, die nicht schuldig wurden, bleiben in der geschichtlichen Verantwortung. Und deshalb müssen wir uns den Fragen der Opfer stellen: Was hat man unseren Eltern getan?

Es darf nicht Rache sein, die sie so fragen läßt. Es soll die Erkenntnis von der schicksalhaften Gemeinsamkeit sein, aus der heraus sich dieselbe Frage stellen muß: Wie konnte es geschehen, was konnte Menschen, die sich zu einer KulturNation gehörig fühlen, veranlassen, so miteinander umzugehen.

Es genügt nicht, als Antwort auf die Verblendung eines Führers und seiner Umgebung hinzuweisen. Die kritischen Fragen sind: Wie konnte die Macht überhaupt in die Hände von Verbrechern geraten? Und wie konnte danach bei vielen, allzu vielen die Stimme des Gewissens zum Verstummen gebracht werden?

Es gibt zumeist Entschuldigungsgründe für den einzelnen, warum gerade er nicht anders konnte. Da aber müssen wir beginnen: Jeden von uns befähigen, "anders" zu handeln, zu widersprechen, Mut zu haben, unbequem zu sein. Aber auch jeden von uns befähigen, den Widerspruch des anderen zuzulassen, es ernst zu nehmen, wenn er unbequem ist. Das ist demokratische Tugend.

Wenn ich mich umschaue, dann muß ich erschrecken über das hohe Maß an Unduldsamkeit, das es auch heute noch gibt. Wir sollten Ausstellungen wie diese machen, um unser Gewissen zu schärfen. Dann kann es nicht wieder so kommen. (-/17.12.1980/hi/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

